
Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina

EXTERNER JAHRESBERICHT 2024

1. Einleitung

Die Aktivitäten des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina (fortan: Forum) wurden 2024 dominiert vom Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023, dem anschliessenden Krieg im Gazastreifen, den daraus resultierenden Verstößen gegen das internationale humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte sowie den politischen Auswirkungen in der Schweiz.

Betreffend die **völkerrechtlichen Implikationen** der israelischen Kriegsführung forderte der Internationale Gerichtshof (fortan: IGH) bereits im Januar 2024 Israel verpflichtend dazu auf, ausreichende Versorgung sicherzustellen und die palästinensische Bevölkerung zu schützen. Zugleich forderte der IGH die Freilassung der im Gazastreifen festgehaltenen israelischen Geiseln.¹ Mit dem Gesetzesbeschluss des israelischen Parlaments vom 28. Oktober 2024, dem UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) binnen drei Monaten die Akkreditierung in Israel abzuerkennen², verunmöglicht Israel einem der zentralen Organisationen für die humanitäre Versorgung die Handlungsgrundlage.

Im Juli 2024 hat der IGH ausserdem in einem Gutachten die israelische Besetzung des Westjordanlandes, inklusive Ostjerusalem, sowie des Gazastreifens für völkerrechtswidrig erklärt, Israel zu einer Beendigung der Besetzung aufgefordert und die internationale Staatengemeinschaft an ihre Verpflichtung erinnert, jede Form von Kooperation zu unterbinden, die den Zustand der Besetzung unterstützen würde.³

Im November 2024 schliesslich hat der internationale Strafgerichtshof aufgrund mutmasslicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu, gegen den ehemaligen

¹ [International Court of Justice: Order of 26 January 2024 - Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip \(South Africa v. Israel\).](#)

² [UN News: Israeli laws blocking UNRWA – devastating humanitarian impact for Palestinians?](#)

³ [International Court of Justice: Advisory Opinion of 19 July 2024 - Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem.](#)

israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen das Führungsmitglieder der Hamas Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri (Deif) ausgestellt.⁴

Das Forum hat auf diese Entwicklungen mit einer im Vergleich zu den Vorjahren gestiegenen Zahl an Stellungnahmen reagiert, um die Aufforderungen der internationalen Gerichte zu unterstützen, die Schweizer Politik und Öffentlichkeit auf die genannten Verstöße aufmerksam zu machen und an die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz zu erinnern.

2. Entwicklungen in der Schweizer Politik

Die Sicherheitslage im palästinensischen Gebiet und in Israel und die humanitären und völkerrechtlichen Folgen haben das Schweizer Parlament in allen vier Sessionen beschäftigt. Die insgesamt 46 parlamentarischen Vorstösse – 23 Fragen an den Bundesrat, elf Interpellationen, sechs Motionen, zwei Postulate, zwei Standesinitiativen und eine Petition – betrafen in 14 Fällen die Finanzbeiträge der Schweiz an die UNRWA bzw. die israelischen Vorwürfe, UNRWA-Mitarbeiter seien an den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 beteiligt gewesen. 13 Vorstösse behandelten die unter 1. erwähnten Beschlüsse der internationalen Gerichtshöfe. Vier Vorstösse betrafen die Akkreditierung und Sicherheit von NGO-Personal der internationalen humanitären Hilfe im palästinensischen Gebiet und in Israel, und drei weitere forderten die Anerkennung des Staates Palästina durch die Schweiz

2.1. Aktivitäten des Forums zur Finanzierung der UNRWA

Das Forum hat im Berichtsjahr in fünf Stellungnahmen seine Unterstützung für die humanitäre Hilfe durch die Schweiz mittels weiterführender Finanzierung der UNRWA ausgesprochen⁵. Konkret hat das Forum eine Weiterführung der ungetkürzten Schweizer Beiträge an die UNRWA gefordert und den Bundesrat dazu aufgerufen, sich im UNO-

⁴ [International Criminal Court: Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I issues warrant of arrest for Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri \(Deif\).](#)

⁵ [Positionsbezüge des Forums für Menschenrechte in Israel / Palästina:](#)

«Die Unterstützung der UNRWA ist unerlässlich», 01.02.2024.

«Die Schweiz muss ihren Beitrag an die UNRWA umgehend überweisen», 21.03.2024.

«Wir fordern Zahlungen an die UNRWA und eine faktenbasierte Nahostpolitik», 23.04.2024.

«Die Schweiz muss sich stärker für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen», 26.09.2024.

«Israels UNRWA-Verbot untergräbt die humanitäre Hilfe in Gaza», 29.10.2024.

Sicherheitsrat für eine Fortsetzung der Aufgaben der UNRWA im besetzten palästinensischen Gebiet einzusetzen. Die Stellungnahmen sind von mehreren Mitgliedsorganisationen des Forums für die eigene Advocacy-Arbeit verwendet worden, ausserdem wurden sämtliche Stellungnahmen an Schweizer Medienschaffende versendet. Die Stellungnahme vom 21.03.2024 («*Die Schweiz muss ihren Beitrag an die UNRWA umgehend überweisen*»), die zusätzlich von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet worden war, wurde von der SDA und einigen Nachrichtenportalen übernommen.

Das Forum hat ausserdem im Vorfeld der Wintersession 2024 einen Offenen Brief an die Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK-S) mitunterzeichnet⁶. Der Brief forderte die Parlamentarier:innen auf, dem Entscheid des Nationalrats vom September 2024 nicht zu folgen und die Finanzierung der UNRWA weiterzuführen. Zusätzlich hat das Forum punktuell im direkten Kontakt mit Mitgliedern der APK-S die Forderung weiter ausgeführt.

2.2 Aktivitäten des Forums zu den Beschlüssen der Internationalen Gerichtshöfe

Das Forum hat sich im Berichtsjahr dreimal zu den Veröffentlichungen und Beschlüssen der internationalen Gerichtshöfe mit Stellungnahmen öffentlich geäussert und sich für deren Umsetzung eingesetzt⁷.

2.3. Teilnahme des Forums am Vernehmlassungsprozess des Hamas-Verbots

Im September 2024 verabschiedete der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum *Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen*⁸. Der Bundesrat folgte damit dem Antrag der Sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat nach dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023. Die beiden Räte haben das Gesetz am 20. Dezember 2024 angenommen.

⁶ [Offener Brief an die Mitglieder der aussenpolitischen Kommission des Ständerates \(APK-S\), 21.10.2024.](#)

⁷ [Positionsbezüge des Forums für Menschenrechte in Israel / Palästina:](#)

«Massnahmen der Schweiz zur Verhinderung weiterer Völkerrechtsverletzungen und zum Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza», 23.01.2024.

«Die Schweiz muss sich stärker für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen», 26.09.2024.

«Ein klares Bekenntnis zur internationalen Strafjustiz», 21.11.2024.

⁸ [24.071: Botschaft zum Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen.](#)

Das Forum hat sich im Vernehmlassungsprozess zum ersten Gesetzesentwurf erfolgreich beteiligt⁹. Das zentrale Anliegen des Forums beinhaltete eine Präzisierung der verbotenen Organisationen und die Einfügung einer expliziten Ausnahmeklausel im Gesetz. Dies zur Gewährung der Rechtssicherheit, dass zivilgesellschaftliche Organisationen der Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe nicht aufgrund des Gesetzes in ihrer Arbeit eingeschränkt und/oder von strafrechtlicher Verfolgung betroffen werden. Der Bundesrat hat das Anliegen als «berechtigt» taxiert¹⁰ und teilweise in die Botschaft aufgenommen.

3. Weitere Aktivitäten des Forums

3.1. Medienarbeit

Aufgrund der Nachrichtenlage hat das Forum 2024 darauf verzichtet, die in den Vorjahren eingeführten Gesprächsrunden für Schweizer Medienschaffenden weiterzuführen.

Zusätzlich zum Medienversand seiner öffentlichen Stellungnahmen hat das Forum im September 2024 Medienschaffende mit **Kontaktangeboten aus der israelischen-palästinensischen Koexistenz-Arbeit** angeschrieben. Das Angebot richtete sich auf den Jahrestag des Angriffs der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen vom 7. Oktober 2023 und den anschliessenden Krieg im Gazastreifen.

Die Koordinationsstelle hat im Berichtsjahr in mehreren Einzelgesprächen mit Schweizer Medienschaffenden die Positionen des Forums aufgeführt und die Berichterstattung zum israelisch-palästinensischen Konflikt thematisiert.

3.2. Advocacy mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Das Forum hat 2024 öffentliche Auftritte in der Schweiz und/oder Treffen mit Schweizer Politiker:innen und Medienschaffenden von fünf Organisationen aus Israel/Palästina begleitet. Aus diesen Anlässen resultierten mehrere Medienberichte.

3.3. Interne Entwicklungen des Forums

⁹ [Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen: Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens.](#)

¹⁰ [24.071: Botschaft zum Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen.](#)

Der bisherige Koordinator Roman Magri hat seine Funktion Ende Juli beendet, sein Nachfolger Andreas Schneitter die Arbeit per 01.10.2024 aufgenommen.

Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina ist ein Zusammenschluss der folgenden 12 Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz, die sich für einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Nahostkonflikt einsetzen.

- *Amnesty International Schweiz*
- *Frieda - Die feministische Friedensorganisation*
- *Gerechtigkeit und Frieden in Palästina GFP*
- *Gesellschaft Schweiz-Palästina*
- *Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz HEKS/EPER*
- *Horyzon*
- *Ina autra senda - Swiss Friends of Combatants for Peace*
- *Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina JVJP*
- *Ärzte der Welt - Neuchâtel*
- *medico international schweiz*
- *Bereich OeME-Migration der ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn*
- *Peace Watch Switzerland*